ROMI-INTELLIGENCE JOURNAL

LAGE · ANALYSE · VORSPRUNG

TAGESAUSGABE · SONNTAG

VERMÖGEN · DER TERMIN DER WOCHE

20.11.

Am Freitag berät der Bundesrat als **Tagesordnungspunkt 6** das Gesetz zur Reform der Notfallversorgung (Bundesratsdrucksache 620/26). Darin steht als **Nummer 20a** die Rückkehr einer im Sommer gestrichenen Pflicht: Die Krankenkasse muss jedes Mitglied anschreiben, bevor der Zusatzbeitrag steigt. Zwei Ausschüsse empfehlen, den Vermittlungsausschuss anzurufen – aus anderen Gründen.

DIE WOCHE IN FÜNF TERMINEN

Montag, 16.11. · Bundesverfassungsgericht: Urteil zu Bezugsverträgen über Telekommunikationsdienste (1 BvR 1803/22 und andere). 11 Uhr: Stahlgipfel in Salzgitter (laut Deutscher Presse-Agentur)

Dienstag, 17.11. · Koalitionsausschuss, unter anderem zur Stromsteuer. Drei Vorschläge träfen jeden Geldbeutel; beschlossen ist nichts (Seite 4)

Mittwoch, 18.11. · 8 Uhr: Statistisches Bundesamt, Auftragsbestand der Industrie im September und Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen (Wochenvorschau des Amtes)

Donnerstag, 19.11. · Bundesgerichtshof: 10 Uhr Amtshaftung bei möglichen Impfschäden (III ZR 101/26), 11:30 Uhr Vorkaufsrecht des Mieters (Seite 6)

Freitag, 20.11. · 9:30 Uhr: Bundesrat, 1070. Sitzung, Tagesordnungspunkt 6. Nächste Sitzung: 18.12. (Seite 2)

DIE LAGE AM SONNTAG, 15. NOVEMBER, 20 UHR

🔴 **Belegt:** Die Pflicht der Krankenkassen, vor einer Erhöhung des Zusatzbeitrags jedes Mitglied in einem gesonderten Schreiben auf Sonderkündigungsrecht und günstigere Kassen hinzuweisen, wurde mit dem Beitragssatzstabilisierungsgesetz gestrichen – „mit dem Ziel der Entbürokratisierung und der Kosteneinsparung“. Derselbe Text hält fest, es habe sich gezeigt, „dass weiterhin ein Bedarf an einer individuellen Information“ besteht (Bundestagsdrucksache 21/8629, Seite 136)

🟠 **Noch offen:** Die Pflicht soll zurückkommen – als Nummer 20a im Gesetz zur Reform der Notfallversorgung. Sie gilt erst „am Tag nach der Verkündung“ (Artikel 11 Absatz 1; Bundesratsdrucksache 620/26). Der Bundesrat berät am Freitag. Der Gesundheitsausschuss und der Ausschuss für Innere Angelegenheiten empfehlen, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Ihre Gründe betreffen Rettungsdienst und Notfallzentren, nicht den Brief

🟢 **Gilt weiter:** Das Sonderkündigungsrecht selbst. Es steht in § 175 Absatz 4 Satz 6 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch und bleibt in jedem Fall bestehen. Wer davon weiß, kann es nutzen – mit oder ohne Brief

⚪ **Unbekannt:** Wie die Länder am Freitag abstimmen. Ob einzelne Länder statt des Vermittlungsausschusses nur eine Entschließung wollen (Drucksache 620/1/26 habe ich nicht gelesen). Welche Kassen zum Jahreswechsel teurer werden; ihre Sätze beschließen sie üblicherweise im Dezember

Die Streichung gilt seit 30. Juli 2026 (Bundesgesetzblatt 2026 I Nummer 228, ausgegeben am 29. Juli). Einzelheiten und Fundstellen: Seite 2.

AUSSERDEM IN DIESER AUSGABE

Wenn das Werk schließt, zahlt der Ort · In Gerstungen in Thüringen soll die Abwassergebühr ab 2027 um 84 Cent auf 3,63 Euro je Kubikmeter steigen. 48 Cent davon gehen nach Angaben der Gemeindewerke auf den Ausfall eines insolventen Autozulieferers zurück (Mitteldeutscher Rundfunk, 6.11., aktualisiert 9.11.). Der Gemeinderat hat noch nicht beschlossen (Seite 3)

Volkswagen und seine Zulieferer · Laut Manager Magazin (12.11., aktualisiert 13.11.) und laut Südwestrundfunk (14.11.) will der Konzern die Zahl seiner Zulieferer weltweit um bis zu die Hälfte verringern. Eine Stellungnahme des Konzerns dazu habe ich nicht gefunden. Welche Firmen gemeint sind, ist nicht veröffentlicht (Seite 3)

Energie, Haushalt, Geldbeutel · Umlage für eine Gasreserve, weniger Zuschuss zu den Netzkosten, Stromsteuer offen. Dazu Mercedes-Benz („keine neue Sachlage“), der Beitrag zur Sicherung der Betriebsrenten, der Haushalt von Dortmund und zwei Stichtage für Kunden der Sparkassen (Seite 4)

Wahrheit · Faktencheck: Freimaurer und Behörden – was in welchem Land gilt (Seite 5). Behauptungen aus dieser Woche im Check (Seite 6)

Sicherheit · Sachsen: Alarmierungen des Rettungsdienstes sollen laut Medienberichten über Jahre mitgelesen worden sein; das Landeskriminalamt ermittelt (Seite 6)

Für alle · Der Brief der Krankenkasse und der Fall Gerstungen in einfachen Worten, der Kalender bis 30. November und meine Prognosen mit Datum (Seite 7). Quellen und Grenzen der Recherche: Seite 8

VERMÖGEN · SICHERHEIT · FREIHEIT · WAHRHEIT

Der Brief, der nicht kommt

Wird die Krankenkasse teurer, muss sie es derzeit nicht mehr eigens schreiben. Die Rückkehr der Pflicht hängt am Freitag im Bundesrat – an einem Gesetz über Notaufnahmen. Dazu: Was eine Werksschließung die Nachbarn kostet, und die Wahrheit über Freimaurer und Behörden.

EINSCHÄTZUNG *Wer nicht mehr informiert wird, muss selbst nachsehen. Das Kündigungsrecht bleibt – aber nur wer davon weiß, nutzt es. Eine Absicht, Versicherte im Unklaren zu lassen, lese ich aus keinem der Texte: Die Begründung des Bundestages nennt den Bedarf an Information selbst und will die Pflicht zurückholen. Nur hängt sie jetzt an einem Gesetz, über das aus ganz anderen Gründen gestritten wird. Kommt es vor dem Jahreswechsel nicht ins Bundesgesetzblatt, kommt auch der Brief nicht. Vorsprung heißt: Fristen und Termine der Woche kennen. Keine Panik.*

WAS KAUM EINER MITBEKOMMT

Die Regel steckt als Nummer 20a in einem Gesetz über Notaufnahmen und Rettungsdienste. Die Erläuterung des Bundesrates erwähnt sie in einem Halbsatz. In meinen Suchläufen berichteten über den Zusammenhang nur zwei kleine Portale (Netz Trends, 12.11.; Nord24, 13.11.). „Nicht gefunden“ heißt nicht „nicht erschienen“.

WAS MORGEN DARAUS WIRD

Ruft der Bundesrat am Freitag den Vermittlungsausschuss an, ist das Gesetz bis zum Jahresende voraussichtlich nicht verkündet; die nächste Sitzung ist am 18.12. Dann besteht für Erhöhungen zum 1. Januar 2027 keine Pflicht zum Brief. Stimmt der Bundesrat zu, müsste der Brief bis 31. Dezember kommen (Seite 2).

WAS DU HEUTE TUN KANNST

Den Zusatzbeitrag Deiner Kasse selbst nachsehen: in der Übersicht des Spitzenverbandes der Krankenkassen und ab Mitte Dezember auf der Internetseite Deiner Kasse. Bei einer Erhöhung zum 1. Januar ist die Kündigung laut Medienbericht bis 31. Januar möglich. Allgemeiner Hinweis, keine Rechtsberatung (Seite 2).

VERMÖGEN · DER BRIEF DER KRANKENKASSE · WORTLAUT, FUNDSTELLE, FRIST

Schritt für Schritt: Warum der Brief derzeit nicht kommen muss

Drei Ebenen, getrennt: was in den Drucksachen steht, was andere daraus lesen, was ich daraus lese. Paragrafen ohne Zusatz: Fünftes Buch Sozialgesetzbuch. Gelesen am 15. November 2026: Bundestagsdrucksache 21/8629, Bundesratsdrucksache 620/26 und die Erläuterung des Bundesrates zu Tagesordnungspunkt 6 der Sitzung am 20. November.

1 · WAS BELEGT IST · DER WEG DER REGEL

SCHRITT	WAS DORT STEHT	FUNDSTELLE
Die alte Pflicht	Vor einer Erhöhung des Zusatzbeitrags musste die Krankenkasse jedes Mitglied in einem gesonderten Schreiben auf das Sonderkündigungsrecht und auf günstigere Kassen hinweisen.	so beschrieben in Bundestagsdrucksache 21/8629, Seite 136
Die Streichung Sommer 2026	Die Pflicht wurde mit dem Beitragssatzstabilisierungsgesetz gestrichen. Das Gesetz wurde laut Drucksache am 24. Juli 2026 ausgefertigt (Bundesgesetzblatt 2026 I Nummer 228). Ausgegeben wurde es am 29. Juli 2026; die Streichung gilt seit 30. Juli 2026.	Bundesgesetzblatt (recht.bund.de), Artikel 1 Nummer 58; so auch Nord24, 13.11.2026
Die Begründung im Wortlaut	Die Verpflichtung wurde „mit dem Ziel der Entbürokratisierung und der Kosteneinsparung gestrichen. Allerdings hat sich gezeigt, dass weiterhin ein Bedarf an einer individuellen Information über eine Erhöhung des Zusatzbeitragssatzes besteht. Daher soll die Informationspflicht wieder gesetzlich geregelt werden.“	Gesundheitsausschuss des Bundestages, Drucksache 21/8629, Seite 136, „Zu Nummer 20a“
Die Rückkehr als Nummer 20a	Die Wiedereinführung steht nicht in einem Gesetz über Krankenkassen, sondern im Gesetz zur Reform der Notfallversorgung: als neue Sätze 7 bis 9 in § 175 Absatz 4 und neuer Absatz 4a.	Bundesratsdrucksache 620/26
Der Beginn	Die Regel tritt erst „am Tag nach der Verkündung“ in Kraft. Solange das Gesetz nicht im Bundesgesetzblatt steht, gilt die Pflicht nicht.	Artikel 11 Absatz 1; Bundesratsdrucksache 620/26
Die Frist für den Brief	Nach dem neuen Wortlaut müsste der Brief „bis zum Ablauf des Monats“ vor der Erhöhung kommen – bei einer Erhöhung zum 1. Januar 2027 also bis 31. Dezember 2026.	neuer § 175 Absatz 4 Satz 7; Bundesratsdrucksache 620/26
Der Bundesrat Freitag, 20.11.	1070. Sitzung, 9:30 Uhr, Tagesordnungspunkt 6. Der federführende Gesundheitsausschuss und der Ausschuss für Innere Angelegenheiten empfehlen, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Ihre Gründe: Kosten der Notfallrettung, Zuständigkeit für den Rettungsdienst, Standorte der Integrierten Notfallzentren. Den Brief erwähnt die Erläuterung in einem Halbsatz.	Erläuterung des Bundesrates zu Tagesordnungspunkt 6 (bundesrat.de). Die Empfehlungen im Wortlaut, Drucksache 620/1/26, habe ich nicht gelesen
Danach	Die nächste Sitzung des Bundesrates ist am 18. Dezember 2026. Ruft der Bundesrat am 20.11. den Vermittlungsausschuss an, ist das Gesetz bis zum Jahresende voraussichtlich nicht verkündet (Folgerung aus den Terminen).	Sitzungstermin des Bundesrates
Was bleibt	Das Sonderkündigungsrecht selbst bleibt in jedem Fall bestehen. Die Kündigung ist möglich „bis zum Ablauf des Monats“, für den der Zusatzbeitragssatz erhöht wird.	§ 175 Absatz 4 Satz 6

DER WEG DES BRIEFES · NICHT MASSSTÄBLICH · OFFENE KREISE: TERMINE, DIE NOCH KOMMEN



WAS GILT, WAS NICHT GILT, WAS OFFEN IST

AUSSAGE	BEFUND
Du darfst kündigen, wenn Deine Kasse den Zusatzbeitrag erhöht. Das Recht steht weiter im Gesetz (§ 175 Absatz 4 Satz 6).	GILT
Die Frist läuft bis zum Ende des Monats, für den erstmals mehr verlangt wird. Bei einer Erhöhung zum 1. Januar wäre das der 31. Januar (so auch Nord24 unter Berufung auf die Verbraucherzentrale).	GILT
Die Kasse muss Dich vor der Erhöhung eigens anschreiben. Diese Pflicht ist gestrichen und noch nicht wieder in Kraft.	GILT DERZEIT NICHT
„Die Briefe entfallen für immer.“ Das steht in keinem Text. Der Bundestag will die Pflicht zurückholen; es fehlt die Verkündung.	NICHT BELEGT
Der Brief kommt noch vor dem Jahreswechsel. Nur wenn das Gesetz rechtzeitig verkündet wird. Das hängt an der Abstimmung am Freitag.	OFFEN
Welche Kassen teurer werden. Einzelne Kassen beschließen ihre Sätze üblicherweise im Dezember.	OFFEN
Wie die Länder abstimmen – und ob einzelne Länder statt des Vermittlungsausschusses nur eine Entschließung wollen.	OFFEN

AUSSERDEM ZUM 1. JANUAR 2027 · MEDIENBERICHT

Laut Nord24 (13.11.2026, unter Berufung auf das Bundesgesundheitsministerium) steigen die Zuzahlungen um die Hälfte: für Arzneimittel auf 7,50 bis 15 Euro, im Krankenhaus auf 15 Euro je Tag für höchstens 28 Tage; der Festzuschuss beim Zahnersatz sinkt von 60 auf 50 Prozent. Kinder unter 18 Jahren bleiben befreit. An der Quelle des Ministeriums habe ich das heute nicht geprüft.

2 · WAS ANDERE DARAUS LESEN

Nord24, 13.11.2026: Das Portal spricht von „Warnbriefen“, die bei einer Beitragserhöhung entfallen, und verbindet das mit den höheren Zuzahlungen. Am Wortlaut geprüft: Der Kern stimmt, auch das Datum 30. Juli 2026.

Netz Trends, 12.11.2026, 22:45 Uhr: zweiter Bericht über den Zusammenhang, den ich in den Suchläufen fand.

Fachpresse: Sie berichtet über den möglichen Vermittlungsausschuss zur Notfallreform, in den Suchläufen aber nicht über den Brief.

Warum es kaum auffällt: Die Regel steht in einem Gesetz über Notaufnahmen und Rettungsdienste. „Nicht gefunden“ heißt nicht „nicht erschienen“.

WAS DU TUN KANNST · ALLGEMEINER HINWEIS

1 · Selbst nachsehen. Den Zusatzbeitrag Deiner Kasse findest Du in der Übersicht des Spitzenverbandes der Krankenkassen und – ab Mitte Dezember – auf der Internetseite Deiner Kasse.

2 · Vergleichen. Dieselbe Übersicht zeigt die Sätze der anderen Kassen.

3 · Frist notieren. Bei einer Erhöhung zum 1. Januar 2027: Kündigung laut Medienbericht bis 31. Januar 2027.

4 · Nicht auf Post warten. Ein fehlender Brief heißt derzeit nicht, dass der Beitrag gleich bleibt.

Das ist keine Rechtsberatung. Im Zweifel fragst Du Deine Kasse oder eine Verbraucherzentrale.

3 · EINSCHÄTZUNG Eine Absicht, Versicherte im Unklaren zu lassen, lese ich aus keinem der Texte. Die Streichung ist mit Bürokratieabbau und Kosten begründet; derselbe Ausschuss hält wenige Monate später fest, dass der Bedarf an Information fortbesteht. Was bleibt, ist eine Frage des Verfahrens: Eine Regel für alle gesetzlich Versicherten steht als Nummer 20a in einem Gesetz über Notaufnahmen – und teilt dessen Schicksal. Wird über den Rettungsdienst weiter verhandelt, wartet auch der Brief. Für Dich ändert das nichts am Recht, aber an der Gewohnheit: Früher kam die Nachricht ins Haus, in diesem Winter musst Du sie Dir womöglich holen. Wie ich die Abstimmung am Freitag einschätze, steht mit Prozentzahl und Datum auf Seite 7.

VERMÖGEN · INDUSTRIE UND STANDORT · BELEGT, GEDEUTET, EINGESCHÄTZT

Wenn das Werk schließt, zahlt der Ort

Was seit dem 12. November 2026 neu ist – und ein Fall aus Thüringen, der zeigt, wer eine Werksschließung am Ende mitbezahlt. Fast alles auf dieser Seite sind Medienberichte; wo ich nur Überschrift oder Vorspann lesen konnte, steht es dabei. Stand: 15. November 2026.

1 · WAS BELEGT IST · DER FALL GERSTUNGEN · MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK, 6.11.2026, AKTUALISIERT 9.11.

1 Das Werk fällt aus → Autozulieferer insolvent; knapp 50.000 Kubikmeter Wasser im Jahr fallen als Abnahme weg

2 Die Menge fehlt → zwölf Prozent der Abwassermenge fallen weg; die Kosten werden auf weniger Menge umgelegt

3 Die Gebühr steigt → plus 84 Cent auf 3,63 Euro je Kubikmeter ab 2027 geplant, davon 48 Cent wegen des Werks

4 Der Haushalt zahlt → Werksanteil, vier Personen: knapp 60 Euro im Jahr; ab 2029 Trinkwasser weitere 36 Euro

Die Zahlen. In Gerstungen (Wartburgkreis, rund 8.800 Einwohner) soll die Abwassergebühr ab 2027 um 84 Cent auf 3,63 Euro je Kubikmeter steigen; rechnerisch sind das rund 30 Prozent. Davon gehen nach Angaben des Leiters der Gemeindewerke 48 Cent allein auf den Ausfall des insolventen Autozulieferers „ae group“ zurück. Das Werk nahm knapp 50.000 Kubikmeter Wasser im Jahr ab, zwölf Prozent der Abwassermenge.

Was es kostet. Allein die 48 Cent kosten einen Haushalt mit vier Personen knapp 60 Euro im Jahr. Ab 2029 kommen beim Trinkwasser 30 Cent je Kubikmeter hinzu, weitere 36 Euro. Die Gewerbesteuer des Werks lag früher „im höheren sechsstelligen Bereich“.

Was offen ist. Der Beschluss des Gemeinderats steht aus. Zur Zahl der Arbeitsplätze gibt es zwei Angaben: Der Mitteldeutsche Rundfunk nennt rund 650 für Gerstungen und Nentershausen zusammen, NIUS (13.11.) rund 550 – vermutlich unterschiedlich abgegrenzt.

Der Grundsatz dahinter. Gebühren für Wasser, Abwasser und Müll werden nach dem Kostendeckungsprinzip umgelegt. Fällt ein Großabnehmer weg, zahlen die verbleibenden Haushalte mehr – auch die, die nie im Werk gearbeitet haben.

CHEMIEDREIECK · DEUTSCHE PRESSE-AGENTUR ÜBER T-ONLINE, 13.11.2026

Dow, Schkopau. Der Konzern teilte am 11.11. nach einer Betriebsversammlung mit, die Käufersuche für Teile der Chlor-Alkali-Anlagen habe „nicht zu einer tragfähigen wirtschaftlichen Lösung geführt“. Es bleibt bei der Schließung der Chlor-Alkali- und Vinylanlagen bis Ende 2027. Laut Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie sind 160 Beschäftigte betroffen; Interessenausgleich und Sozialplan sind vereinbart. Im sächsischen Böhlen soll der Steamcracker stillgelegt werden. Die Mitteilung von Dow selbst habe ich nicht gelesen.

Bitterfeld und Leuna. Im selben Chemiedreieck schließt Evonik den Standort Bitterfeld bis Ende April 2027; die Übernahme der Domo-Anlagen in Leuna ist gescheitert. Ob Abnehmer von Chlor am Standort betroffen sind, steht in der Meldung nicht.

VOLKSWAGEN UND DIE ZULIEFERER · NUR MEDIENBERICHTE

Der Bericht. Laut Manager Magazin (12.11., 7:03 Uhr; aktualisiert 13.11.) hat der Einkaufsvorstand den Lieferanten seine Pläne offengelegt; die Bildzeile nennt ein „Sparziel 10 Milliarden“. Laut Südwestrundfunk (14.11., 7:00 Uhr) will Volkswagen die Zahl seiner Zulieferer weltweit „um bis zu die Hälfte“ verringern; derzeit seien es rund 63.000. Statt Einzelteilen vieler kleiner Firmen sollen Komplettsysteme weniger großer Firmen bezogen werden.

Die Grenzen. Den Volltext des Manager Magazins habe ich nicht gelesen (Bezahlschranke); die Zahl kenne ich nur aus zweiter Hand. Eine Stellungnahme von Volkswagen dazu habe ich nicht gefunden. Welche Firmen wegfallen sollen und ob alle Lieferanten oder nur bestimmte Gruppen gemeint sind, ist nicht veröffentlicht.

Wen es träfe. Nicht die Beschäftigten von Volkswagen selbst, sondern die von kleinen und mittleren Lieferanten und Entwicklungsdienstleistern. Laut einer Studie des Center of Automotive Management bleiben Volkswagen nach neun Monaten rechnerisch zwölf Euro Gewinn je verkauftem Auto (Spiegel, 12.11., 16:59 Uhr).

2 · WAS ANDERE DARAUS LESEN

Der Bürgermeister von Gerstungen rechnet vor, es bräuchte ein Neubaugebiet für rund 1.600 Menschen, um den Verbrauch des Werks zu ersetzen. Mit einer neuen Industrieansiedlung rechnet er nicht (Mitteldeutscher Rundfunk).

Die Wirtschaftsministerin von Baden-Württemberg, Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU), im Südwestrundfunk (13.11.): Wenn Endprodukte nicht mehr hier gefertigt würden, breche „im nächsten Schritt auch der Zuliefererbereich weg – und im nächsten Schritt das ganze System drumherum: Handwerk, Einzelhandel“.

Der Vorstandschef von Volkswagen, Oliver Blume, in der Bild-Zeitung (über Deutsche Presse-Agentur, 15.11., 14:03 Uhr): Der Abbau von mehr als 100.000 Stellen im Konzern sei „kein Radikalschlag“. Gemeint ist der Konzern weltweit.

Der Präsident des Handwerks, Jörg Dittrich (Funke-Zeitungen über Deutsche Presse-Agentur, 15.11.): In zwei Jahren seien über 150.000 Stellen verloren gegangen; ohne Gegensteuern gingen „pro Jahr zwischen 70.000 und 80.000 Arbeitsplätze“ verloren. Das ist eine Verbandsaussage, keine amtliche Zahl.

In sekundären Medien. Tichys Einblick (15.11.) nennt die Insolvenzzahlen des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle richtig, lässt aber dessen Satz weg, dass für November und Dezember sinkende Zahlen erwartet werden.

GEGENBELEGE · DAMIT DAS BILD STIMMT

Neues Werk. Hitachi Energy hat in Bad Honnef ein Transformatorenwerk eröffnet: 60 Millionen Euro, Produktion verdoppelt, 100 neue Beschäftigte (Westdeutscher Rundfunk, 12.11., 17:05 Uhr). Es ist die einzige neue Werkseröffnung, die ich für 12. bis 15.11. gefunden habe.

Produktion. Die Industrieproduktion lag im September 0,7 Prozent über dem Vormonat und 0,4 Prozent über dem Vorjahr (Statistisches Bundesamt, berichtet am 6.11.; über Medien gelesen).

Insolvenzen. Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle zählt für Oktober 1.683 Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften, neun Prozent mehr als im Vorjahr. Die Frühindikatoren sind rückläufig; für November und Dezember erwartet das Institut sinkende Zahlen (Pressemitteilung des Instituts zum Insolvenztrend Oktober).

NEUE MELDUNGEN 12. BIS 15. NOVEMBER 2026 · ABBAU UND VERLAGERUNG · ZAHLEN NACH DEN GENANNTEN QUELLEN

UNTERNEHMEN, ORT	WAS GEMELDET IST	QUELLE, DATUM	STAND
Bosch, Abstatt	Zu den bekannten 750 Stellen kommen rund 100 bei Bosch Engineering (in Verhandlung) und 20 bei ETAS.	Südwestrundfunk, 14.11., mit Unternehmenssprecherin	MEDIENBERICHT
Lemken, Alpen und Haren	Rund 200 von etwa 1.300 Stellen in Deutschland; laut Unternehmen „fair und sozialverträglich“.	Bild, 14.11.; Neue Ruhr Zeitung, 15.11.	MEDIENBERICHT
Homag, Schopfloch	Rund 120 Stellen bis Anfang 2027 über ein Freiwilligenprogramm – bei bestem Quartalsergebnis des Jahres.	Südwestrundfunk, 13.11., 17:03 Uhr	MEDIENBERICHT
Hella, Großpetersdorf (Österreich)	Bis Jahresende rund 75 Beschäftigte weniger; Programm über 225 Stellen bis Mitte 2028.	Österreichischer Rundfunk Burgenland, 13.11.	MEDIENBERICHT
Heidelberger Druckmaschinen	Baut Produktion in Indien auf und „verlagert weitere Fertigung ins Ausland“.	Rhein-Neckar-Zeitung, 13.11.; Volltext nicht gelesen	MEDIENBERICHT
Miele, Gütersloh	Nach Informationen von Radio Gütersloh wird geprüft, die verbliebene Fertigung von Haushaltswaschmaschinen nach Polen zu verlagern; bis zu 100 Beschäftigte könnten betroffen sein. Miele bestätigt das nicht: Man prüfe Möglichkeiten für die Zeit ab 2030 oder 2031, Entscheidungen gebe es nicht.	Radio Gütersloh, 10. bis 14.11.	NICHT BESTÄTIGT
CNH Industrial, St. Valentin (Österreich)	Fertigung eines großen Traktormodells geht nach Italien; dort 50 Millionen Euro Investition.	Niederösterreichische Nachrichten, 13.11.; nur Vorspann gelesen	MEDIENBERICHT

3 · WAS ICH DARAUS LESE · EINSCHÄTZUNG · UND WAS DU TUN KANNST · ALLGEMEINE HINWEISE, KEINE BERATUNG

Beides ist belegt, und beides gehört ins Bild: Die Produktionsstatistik und die Frühindikatoren der Insolvenzen zeigen leichte Besserung. Die Unternehmensmeldungen der Woche – Zulieferer, Chemie, Landtechnik, Maschinenbau – zeigen fortgesetzten Abbau und Verlagerung.

Gerstungen zeigt, was in keiner Abbauzahl steht: Eine Schließung trifft nicht nur die Belegschaft. Sie trifft über Gebühren und Steuern auch die Nachbarn.

Als Bürger: Die Gebührenkalkulation Deiner Gemeinde ist öffentlich, meist als Ratsvorlage. Dort steht, welchen Anteil Gewerbe und Industrie an Wasser und Abwasser haben.

Bei einem Zulieferer: Den Betriebsrat fragen, wie hoch der Umsatzanteil mit Volkswagen ist und ob es eine Mitteilung des Einkaufs gab.

In der Betriebsversammlung: Nach dem Nachfolgeprodukt und dessen Fertigungsort fragen. Verlagerung beginnt selten als Schließung, öfter als neue Produktlinie anderswo.

VERMÖGEN · ENERGIE, HAUSHALT, GELDBEUTEL · STAND 15. NOVEMBER 2026

Was die Woche kosten kann – und was niemand beschlossen hat

Vier Vorgänge zur Energie in vier Tagen, drei Vorschläge vor dem Koalitionsausschuss am Dienstag, dazu Betriebsrenten, ein Stadthaushalt und zwei Stichtage. Zu Regierung und Parteien stehen hier nur Aussagen mit Quelle und Datum. Keiner der drei Vorschläge ist beschlossen.

ENERGIE · VIER VORGÄNGE

VORGANG	WAS GEMELDET IST	QUELLE, DATUM
Gasreserve mit Umlage ENTWURF	Das Bundeskabinett hat am 11.11. den Gesetzentwurf für eine nationale Gasreserve von 24 Terawattstunden beschlossen. Finanziert wird sie über eine Umlage: laut Bundeswirtschaftsministerium 0,03 bis 0,05 Cent je Kilowattstunde, für ein Einfamilienhaus mit 20.000 Kilowattstunden unter zehn Euro im Jahr. Die gesetzlichen Füllstandsvorgaben für Gasspeicher laufen zum 31. März 2027 aus. Beim Bundesrat ist der Entwurf als Drucksache 652/26 eingegangen.	Welt, 12.11., 9:03 Uhr, mit Angaben des Ministeriums; Vorgangsliste des Bundesrates, Stand 14.11.
Zuschuss zu den Netzkosten ZAHL BELEGT	Der Bundeszuschuss zu den Kosten der Übertragungsnetze sinkt für 2027 bis 2029 auf jährlich 5,53 Milliarden Euro, nach 6,5 Milliarden Euro im Jahr 2026. Laut energate und stadt+werk (13.11.) hat der Bundestag den Zuschuss inzwischen beschlossen; das Datum der Abstimmung habe ich nicht an der Quelle geprüft.	Bundestagsdrucksache 21/8236; Pressedienst des Bundestages, Meldung 905/2026
Ersatzkraftwerke KEIN BESCHLUSS	Ein Gesetzentwurf zur „Bereithaltung von Ersatzkraftwerken“ ist laut Handelsblatt in der Abstimmung zwischen den Ministerien: Kohle- und Ölkraftwerke der Netzreserve und solche, die sonst stillgelegt würden, sollen betriebsbereit gehalten werden. Das Gesetz soll im Frühjahr 2028 auslaufen.	n-tv, 12.11., 13:44 Uhr, nach Handelsblatt
Stromsteuer OFFEN BIS DIENSTAG	Die Senkung für alle kostet rund 5,4 Milliarden Euro und ist im Haushalt 2027 bisher nicht eingeplant. Bundesfinanzminister Lars Klingbeil am 14.11. in Potsdam: „Wir können nicht mal eben so die Lücken für die nächsten Jahre um fünf Milliarden vergrößern“; er habe aber „Ideen, wie man das seriös gegenfinanzieren kann“.	Deutsche Presse-Agentur über Tagesspiegel, 14.11.

Dazu. Die Gasspeicher waren am 12.11. zu 58 Prozent gefüllt, am 1.11. zu 61 Prozent; die Vorgabe von 70 Prozent wurde verfehlt (t-online, 12. und 14.11.). Die Überschrift „Deutschland geht das Gas aus“ (Berliner Zeitung, 13.11.) ist überzeichnet: Die Zahlen stimmen, einen Gasmangel „ab Januar“ fand ich an keiner Primärquelle.

VOR DEM KOALITIONSAUSSCHUSS AM DIENSTAG, 17.11. · DREI VORSCHLÄGE · NICHTS BESCHLOSSEN

VORSCHLAG	WER WAS GESAGT HAT	QUELLE, DATUM
Abgeltungsteuer ÄUSSERUNG	Bundesfinanzminister Klingbeil vor Journalisten in Potsdam: Eine Möglichkeit, die Stromsteuersenkung zu finanzieren, sei eine höhere Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge; „Ich vermute nur, das sind keine Vorschläge, die bei der Union auf Applaus stoßen.“ Belegt ist eine Äußerung, kein Vorschlag der Bundesregierung.	NIUS, 15.11., 8:27 Uhr; Deutsche Presse-Agentur über Tagesspiegel
Mehrwertsteuer ANONYME STIMME	„Bild“ zitiert laut Apollo News einen nicht namentlich genannten Unionspolitiker: „Ich weiß nicht, wie wir sonst den Haushalt 2028 sauber hinkriegen sollen“. Im Raum stehe eine Erhöhung von 19 auf 20 Prozent mit rund 15 Milliarden Euro Mehreinnahmen. Dagegen: der Abgeordnete Ploß (CDU); die Wirtschaftsweise Schnitzer nennt es „das letzte Mittel der Wahl“. Kein Dokument, kein Entwurf.	Apollo News, 14.11., 15:15 Uhr, nach „Bild“
Abschläge bei der Rente NUR SCHLAGZEILEN	Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Hoffmann, kündigt laut Schlagzeilen an, die Abschläge bei vorzeitigem Rentenbeginn von 0,3 auf 0,4 Prozent je Monat anzuheben („Das ist überfällig“). Den Wortlaut habe ich nicht gelesen; einen Gesetzentwurf habe ich nicht gefunden.	Spiegel, 14.11.; Deutschlandfunk, 14.11.; Frankfurter Allgemeine, 15.11.

Größenordnung, eigene Rechnung. 0,4 statt 0,3 Prozent je Monat wären bei drei Jahren vorzeitigem Beginn 14,4 statt 10,8 Prozent Abschlag. Nichts davon gilt. Die Überschrift, „die Regierung“ diskutiere über die Mehrwertsteuer, ist verkürzt: Belegt sind einzelne Stimmen.

MERCEDES-BENZ

Keine neue Sachlage. Bis Sonntag, 18:50 Uhr, fand ich keine Konzernmitteilung, keine Pflichtmitteilung, keinen Verhandlungstermin und kein benanntes Werk. Die Berichte des Wochenendes wiederholen das Intranet-Interview vom 12.11.: Stopp „aller weiteren Investitionen in die deutschen Standorte“; zu prüfen sei, „welche Standorte wir uns in Deutschland noch leisten können“ (Deutsche Presse-Agentur über ka-news, 15.11.).

Neu sind nur Zusatzzitate der Landeswirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut: Sie sei mit dem Unternehmen „in engem Austausch“ (Südwestrundfunk, 13.11.).

BETRIEBSRENTEN

Pensions-Sicherungs-Verein. Der Beitragssatz für 2026 beträgt 1,0 Promille; der Aufsichtsrat hat am 12.11. zugestimmt. „Ein Vorschuss für 2027 wird derzeit nicht erhoben“ (Internetseite des Vereins, 12.11.2026). Der Satz spiegelt den Schadenaufwand eines Jahres.

Gesetzlich geschützt sind Direktzusagen, Unterstützungskassen, Pensionsfonds und bestimmte Zusagen von Pensionskassen bis zu einer Höchstgrenze; Direktversicherungen laufen über den Versicherer.

DORTMUND · DER HAUSHALT 2027

Der Entwurf weist ein Defizit von 487,6 Millionen Euro aus; auch mit allen 480 Sparvorschlägen blieben rund 439 Millionen Euro. Im laufenden Jahr liegt der Fehlbetrag bei 206 statt geplanter rund 55 Millionen Euro. Der Haushalt gilt als „nicht genehmigungsfähig“ (Nordstadtblogger, 12.11., 16:48 Uhr).

Oberbürgermeister Alexander Kalouti nennt die Haushaltssicherung „ein realistisches Szenario“; dann entscheidet die Bezirksregierung mit. Den Anteil der Gewerbesteuer an der Lücke beziffert der gelesene Teil nicht.

SPARKASSEN · ZWEI STICHTAGE · MEDIENBERICHT

22. November. „Voraussichtlich am 22.11.2026“ wird das Bezahlverfahren „Click to Pay“ für Kartenzahlungen im Internet freigeschaltet – für Sparkassen-Karten mit Debit Mastercard oder Visa Debit und für Kreditkarten, nicht für die reine Girocard (BornCity, 10.11.).

Ende Januar 2027. Die bisherige Anwendung „S-ID-Check“ wird abgeschaltet – nach Angaben des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands gegenüber der Deutschen Presse-Agentur Ende Januar 2027; einzelne Häuser nennen das Jahresende 2026 (BornCity, 7.11.). Wer nicht auf „S-pushTAN“ umstellt, „riskiert, dass Online-Einkäufe mit der Zahlungskarte fehlschlagen“. Es geht nur um Zahlungen im Internet; die Seiten der Sparkassen selbst konnte ich nicht abrufen.

NETZAUSBAU BIS 2045 · FRIST 30. NOVEMBER · BELEGT

Bundesnetzagentur, Meldung vom 6.11.2026: „Alle 87 verpflichteten Verteilernetzbetreiber haben ihre Pläne fristgerecht eingereicht.“ Gemeldeter Investitionsbedarf: rund 239 Milliarden Euro für mehr Transportkapazität und rund 31 Milliarden Euro reine Ersatzinvestitionen.

Bis 30.11.2026 können Netznutzer, „insbesondere potenzielle neue Anschlusskundinnen und -kunden“, auf vnbdigital.de die Pläne einsehen und ihren Bedarf einbringen – etwa wer Wärmepumpe, Ladepunkt oder Solaranlage plant.

Warum das zählt. Investitionen in die Netze fließen über die Netzentgelte in die Stromrechnung.

WAS HEISST DAS FÜR DICH · ALLGEMEINE HINWEISE, KEINE RECHTS-, STEUER- ODER ANLAGEBERATUNG

Preisbrief prüfen. Preisänderungen der Grundversorger zum 1. Januar müssen rund sechs Wochen vorher mitgeteilt werden, also bis etwa 20.11. Sieh auf die Posten Netzentgelt und Umlagen; bei einer Preiserhöhung gibt es ein Sonderkündigungsrecht.

Dienstagabend abwarten. Vor dem Ergebnis des Koalitionsausschusses gilt nichts Neues. Wer an einen vorzeitigen Rentenbeginn denkt, hält die Rentenauskunft bereit.

Sparkasse. Den Stichtag des eigenen Hauses im Online-Banking nachsehen. Umstellen nur in der Banking-Anwendung selbst, nie über einen Link aus einer Nachricht.

Gemeinde. Haushaltssicherung bedeutet in der Regel höhere Hebesätze, höhere Gebühren und gestrichene freiwillige Leistungen. Die Haushaltssatzung ist öffentlich.

EINSCHÄTZUNG Für Haushalte ist die Gasumlage klein. Für Betriebe mit hohem Verbrauch summieren sich Umlage, geringerer Zuschuss und eine ausbleibende Steuersenkung. Ob sie ausbleibt, ist offen. Vorschläge sind keine Beschlüsse. Keine Gewissheit.

WAHRHEIT · FAKTENCHECK · WAS AN DER BEHAUPTUNG STIMMT

Freimaurer und Behörden: Meldepflicht ist kein Verbot

Geprüft wird eine Behauptung, Land für Land, mit Urteilen und Daten. Über die Freimaurerei selbst urteilt diese Seite nicht.

DIE BEHAUPTUNG „Die Freimaurerei soll derzeit von staatlichen Institutionen diskreditiert werden wie im Dritten Reich – etwa indem man Mitglieder von Freimaurerlogen nicht in Behörden zulassen will. Betroffen: Italien, England, skandinavische Länder." So lag der Satz zur Prüfung vor. Wer ihn zuerst so gefasst hat, ist nicht ermittelt: In NIUS, AUF1, NachDenkSeiten, Overton Magazin, Cicero, Tichys Einblick und Apollo News fand die Suche keinen Beitrag mit dieser Aussage. Das ist ein Suchergebnis, kein Beweis.

England
STIMMT TEILWEISE
Meldepflicht, kein Verbot – bei der Londoner Polizei seit 11.12.2025; Klage dagegen am 17.2.2026 nicht zugelassen.

Italien
STIMMT TEILWEISE
Verbot nur in der Justiz, sonst Meldepflicht. Kein allgemeines Zugangsverbot zum Staatsdienst.

Skandinavien
ÜBERWIEGEND NICHT BELEGT
Meldepflicht nur für Richter in Norwegen, seit 2003. Sonst nichts gefunden.

Deutschland, Österreich, Schweiz
KEINE REGEL GEFUNDEN
Weder Verbot noch Meldepflicht; kein aktueller Vorstoß gefunden.

LAND FÜR LAND · REGEL, ART, DATUM · STAND DER PRÜFUNG: 15. NOVEMBER 2026

LAND, BEREICH	REGEL	VERBOT ODER MELDEPFLICHT	SEIT WANN	STAND NOVEMBER 2026	QUELLE
England: Polizei London	Bedienstete melden die Mitgliedschaft in Organisationen mit vertraulicher Mitgliedschaft, hierarchischem Aufbau und Beistandspflicht; die Freimaurerei ist genannt.	**Meldepflicht**, vertraulich; Mitgliedschaft bleibt erlaubt	in Kraft 11.12.2025	High Court, 17.2.2026, Aktenzeichen [2026] EWHC 330 (Admin): Klage nicht zugelassen. Die Vereinigte Großloge von England verzichtet am 24.2.2026 auf Rechtsmittel. 397 Meldungen bis zum Urteil.	judiciary.uk; news.met.police.uk
England: Polizei Northamptonshire	Meldung an die Dienststelle für berufliche Standards.	**Meldepflicht**	Sommer 2026	Nur aus zweiter Hand (Regionalmedium, 2.10.2026); amtliche Mitteilung nicht abgerufen.	nnjournal.co.uk
Vereinigtes Königreich: Parlament	Gesetzentwurf „Police (Declaration) Bill": Meldepflicht für alle Polizeibediensteten.	**Meldepflicht** (Entwurf)	31.1.2024; erneut 4.3.2026	Ohne Unterstützung der Regierung; kein Termin für die zweite Lesung.	bills.parliament.uk
England und Wales: Richter	Neu ernannte Richter und Laienrichter mussten angeben, ob sie Freimaurer sind.	**Meldepflicht** – aufgehoben	1998 bis 5.11.2009	Aufgehoben als „unverhältnismäßig" (Sekundärquelle).	inkl.com (nach Guardian)
Italien: alle	Gesetz Nummer 17 vom 25.1.1982: Auflösung der Loge P2, Verbot geheimer Vereinigungen.	**Verbot** nur geheimer Vereinigungen, nicht der Freimaurerei	1982	In Kraft. Die großen Logenverbände sind legale Vereine.	questionegiustizia.it
Italien: Richter, Staatsanwälte	Beschlüsse des Obersten Richterrates vom 22.3.1990 und 14.7.1993; Artikel 3 des Gesetzesdekrets 109/2006: Unvereinbarkeit mit dem Amt.	**faktisches Verbot** (disziplinarrechtlich)	1990/1993; Gesetz 2006	In Kraft. Straßburg, Große Kammer, 17.2.2004, Beschwerde 39748/98: beanstandet wurde eine Strafe aus der Zeit vor der klaren Regel, nicht die Unvereinbarkeit.	editorialedomani.it; icnl.org
Italien: öffentlicher Dienst	Verhaltenskodex (Präsidialdekret 62/2013, Artikel 5): Mitteilung von Mitgliedschaften, die das Amt berühren können; gilt nicht nur für Freimaurer.	**Meldepflicht**	2013	Kassationsgerichtshof, Beschluss Nummer 24875/2026, veröffentlicht 31.8.2026: Schon das Unterlassen kann geahndet werden – nur aus zweiter Hand (Kanzlei).	studiolegaletmc.it
Italien: Regionen	Sizilien (Gesetz Nummer 18 vom 12.10.2018): Mandatsträger erklären, ob sie einer Loge angehören. Marken (1996): Bewerber mussten erklären, nicht Freimaurer zu sein. Friaul (2000): Erklärungspflicht nur für Freimaurer.	**Meldepflicht** (Sizilien, Friaul); **faktischer Ausschluss** (Marken)	2018; 1996; 2000	Sizilien: soweit ersichtlich in Kraft. Marken und Friaul in Straßburg beanstandet: 2.8.2001, Beschwerde 35972/97 (Tagesdatum nicht nachgeprüft); 31.5.2007, Beschwerde 26740/02.	luiss.it; icnl.org
Italien: Parlament	Antimafia-Kommission beschlagnahmt am 1.3.2017 Mitgliederlisten des Grande Oriente d'Italia.	Zwangsmaßnahme	2017	Straßburg, 19.12.2024, Beschwerde 29550/17: Verletzung von Artikel 8. Bestätigt durch die Große Kammer am 7.7.2026 – nur aus zweiter Hand (Fachseite, L'Espresso).	grandeoriente.it; euroleg.it
Italien: Entwurf	Kammerdrucksache 404 vom 19.10.2022: Unvereinbarkeit für Richter, leitende Beamte, Offiziere, Polizei, Diplomaten.	**Verbot** (Entwurf)	2022	Nicht verabschiedet. Neue Entwürfe aus 2025 oder 2026: nicht gefunden.	documenti.camera.it
Norwegen: Richter	Öffentliches Register der Nebentätigkeiten, auch für „Brüder- oder Schwesternbünde, zum Beispiel Freimaurerloge oder Odd Fellow".	**Meldepflicht**	Pflicht ab 1.3.2003	In Kraft; Mitgliedschaft erlaubt. Polizei: keine Regel gefunden (Quellen von 2008 und 2014).	domstol.no; lovdata.no
Übriges Skandinavien	Schweden, Dänemark, Finnland, Island: keine Sonderregel gefunden.	keine Regel gefunden	–	Kein Vorstoß gefunden (Negativbefund bei begrenzter Suchtiefe).	tv4.se (30.1.2023)
Deutschland, Österreich, Schweiz	Deutschland: keine Offenlegungspflicht. Österreich: nichts gefunden. Wallis: Vorschlag laut Sekundärquelle mit 55 zu 53 Stimmen abgelehnt.	keine Regel	–	Deutschland: Stand der amtlichen Auskunft 23.1.2020.	bundestag.de, WD 3 – 3000 – 013/20

HISTORISCHER ABGLEICH · DAMALS UND HEUTE, OHNE WERTUNG

DAMALS · DEUTSCHES REICH 1933 BIS 1935

- **April 1933** Großlogen benennen sich unter Druck um
- **Mai 1934** Verbot für Soldaten und Zivilbedienstete
- **Sommer 1934** Logen gewaltsam geschlossen
- **28.10.1934** Logen für „staatsfeindlich" erklärt
- **17.8.1935** alle Logen aufgelöst, Vermögen eingezogen

HEUTE · ENGLAND UND ITALIEN 2025 BIS 2026

- **11.12.2025** London: Meldepflicht bei der Polizei
- **17.2.2026** High Court lässt Klage nicht zu
- **24.2.2026** Großloge verzichtet auf Rechtsmittel
- **7.7.2026** Straßburg: Italien verurteilt *
- **31.8.2026** Rom: Verschweigen kann geahndet werden *

MERKMAL	DAMALS: DEUTSCHES REICH 1933 BIS 1935	HEUTE: ENGLAND, ITALIEN, NORWEGEN
Logen und Vermögen	aufgelöst, verboten, Vermögen eingezogen (17.8.1935)	erlaubt, als Vereine tätig; Vermögen unangetastet
Mitgliedschaft im Staatsdienst	verboten für Soldaten und Zivilbedienstete (Mai 1934); Beamte in den Ruhestand gedrängt	erlaubt; Ausnahme: italienische Richter und Staatsanwälte
Frage nach der Zugehörigkeit	ja, als Grundlage für den Ausschluss	ja, als Angabe ohne Ausschlussfolge; Folgen nur bei Verschweigen
Rechtsgrundlage, Rechtsweg	Notverordnung, Polizeierlass; faktisch kein Rechtsweg	Dienstrecht, Parlamentsgesetz; Rechtsweg offen – Kläger haben verloren (London 2026) und gewonnen (Straßburg)
Propaganda, Gewalt, Haft	ja; einzelne Freimaurer in Konzentrationslagern, Zahl laut Museum unbekannt	Propaganda nicht belegt; Gewalt und Haft: nein

Quelle zu damals: United States Holocaust Memorial Museum. * Nur aus zweiter Hand belegt.

BELEGT In England (neu seit 2025) und Italien (seit Jahrzehnten) gibt es staatliche Sonderregeln für Logenmitglieder. Bis auf die italienische Justiz sind es Offenlegungspflichten; die Mitgliedschaft bleibt erlaubt.

WAS ANDERE DARAUS LESEN Die Vereinigte Großloge von England nennt die Regel „unfair and discriminatory against Freemasons"; ein Vergleich mit dem Nationalsozialismus steht in keiner ihrer abgerufenen Mitteilungen. Freimaurerische Stimmen verweisen darauf, dass Verfolgung historisch mit Registrierung begann; Befürworter sehen eine Offenlegung wie bei Nebentätigkeiten.

EINSCHÄTZUNG Gedeckt ist: In einzelnen Staaten und Berufsgruppen müssen Freimaurer ihre Mitgliedschaft offenlegen. Verkürzt ist „nicht in Behörden zulassen". Nicht belegt ist ein laufender Vorstoß in Skandinavien. Gemeinsam ist damals und heute allein die staatliche Frage nach der Zugehörigkeit; Zweck, Rechtsfolge und Rechtsweg unterscheiden sich. Die Gleichsetzung mit 1933 bis 1935 tragen die Tatsachen nach meiner Einschätzung nicht.

SICHERHEIT UND WAHRHEIT · WAS BELEGT IST, WAS OFFEN BLEIBT

Mitgelesene Notrufe – und zehn Behauptungen im Check

Zu Sachsen gibt es bisher Medienberichte mit Behördenangaben, keine amtliche Mitteilung. Täter sind nicht benannt. Dazu: zwei Termine am Bundesgerichtshof, die Grenzschließung in Estland, Warnungen der Woche – und welche Sätze aus dem Netz der Prüfung standhalten.

4 Meldungen
zu Datenpannen sind laut „Spiegel“ bei der sächsischen Datenschutzbeauftragten eingegangen (wiedergegeben von TAG24, 15.11.2026)

19.11.2026
Bundesgerichtshof, 10:00 und 11:30 Uhr: Amtshaftung nach Corona-Schutzimpfung, Vorkaufsrecht des Mieters (Terminhinweise des Gerichts)

1.12.2026
Estland schließt alle drei Grenzübergänge nach Russland: Narva, Luhamaa, Koidula (tagesschau.de, 15.11.2026)

47 von 73
Tatverdächtigen der Frankfurter Krawalle vom 31.10. haben laut „Bild am Sonntag“ einen deutschen Pass (über Apollo News, 15.11.2026)

1 · SACHSEN: ALARMIERUNGEN DES RETTUNGSDIENSTES MITGELESEN

Was berichtet ist: Laut einem Bericht des „Spiegel“ wurden Notmeldungen an sächsische Rettungsdienste und Feuerwehren „offenbar jahrelang von Unbefugten abgefangen und in einem Kanal in einem sozialen Netzwerk veröffentlicht“ – mit Namen, Alter, Adressen und Diagnosen. Betroffen sind ältere Funkmeldeempfänger mit nicht mehr sicherer Verschlüsselung, „vor allem im Großraum Leipzig, im Landkreis Zwickau sowie im Vogtland- und im Erzgebirgskreis“. Innenministerium und Landeskriminalamt wurden demnach „schon Ende Oktober von einem Hinweisgeber informiert“. Das Landeskriminalamt ermittelt (TAG24, 15.11.2026, 17:35 Uhr; Freie Presse, 13.11.2026).

Was offen ist: Wer mitgelesen und veröffentlicht hat, ist nicht benannt; die Zuschreibung bleibt offen. Eine eigene Mitteilung des Ministeriums oder der Datenschutzbeauftragten habe ich nicht gefunden. Das Ministerium wollte Einzelheiten laut TAG24 „weder bestätigen noch dementieren“. Den Bericht des „Spiegel“ selbst habe ich nicht gelesen; Umfang und Kanal sind ungeprüft. Ob andere Länder betroffen sind, ist nicht belegt.

Was es heißen kann: Wer in den genannten Kreisen in den vergangenen Jahren Rettungsdienst oder Feuerwehr gerufen hat, muss damit rechnen, dass Name, Adresse und Anlass mitgelesen wurden. Die Freie Presse schreibt, die Informationen „könnten für Einbrüche genutzt werden“.

Was Betroffene tun können (allgemeiner Hinweis, keine Rechtsberatung): beim Träger des Rettungsdienstes – Landkreis, Stadt oder Zweckverband – Auskunft nach der Datenschutz-Grundverordnung verlangen. Bei Verdacht die sächsische Datenschutzbeauftragte einschalten. Auf Anrufe und Besuche achten, bei denen jemand Wissen über einen früheren Notfall vorgibt.

2 · ESTLAND SCHLIESST DIE GRENZE NACH RUSSLAND

Die Regierung in Tallinn schließt zum 1. Dezember 2026 alle drei Übergänge. Anlass ist ein versuchter Brandanschlag auf den Drohnenhersteller Threod Systems. Ministerpräsident Michal schrieb von einem „Sabotageversuch“, den der russische Geheimdienst angeordnet habe; Außenminister Tsahkna von „eindeutigen Beweisen“. Die Zuschreibung stammt von der estnischen Regierung; eine Stellungnahme aus Moskau habe ich nicht gelesen. Die Dauer der Schließung ist nicht genannt (tagesschau.de, 15.11.2026, 17:52 Uhr). Wer über Estland nach Russland reist oder liefert, kann vor dem Stichtag umplanen.

3 · BUNDESGERICHTSHOF, DONNERSTAG, 19. NOVEMBER 2026

10:00 Uhr, III ZR 101/26: „Gegen wen sind Amtshaftungsansprüche wegen etwaiger Impfschäden nach einer Corona-Schutzimpfung geltend zu machen?“ Das Gericht klärt nicht, ob ein Schaden vorliegt, sondern gegen wen – Arzt, Land oder Bund – ein Anspruch zu richten ist. Davon hängt ab, ob laufende Klagen am falschen Beklagten scheitern.

11:30 Uhr (vorher 11:00 Uhr), I ZR 116/26 und I ZR 117/26: „Reichweite des Halbteilungsgrundsatzes bei Ausübung eines Mietervorkaufsrechts“. Es geht um Mieter, die beim Verkauf ihrer umgewandelten Wohnung in den Kaufvertrag eintreten, und darum, wer welchen Teil der Maklerkosten trägt.

Ob am selben Tag verkündet wird, steht nicht fest. Wer ein solches Verfahren führt oder erwägt, kann Fristen mit der eigenen Rechtsvertretung klären. Quelle: bundesgerichtshof.de, Terminhinweise.

4 · WARNUNGEN DER WOCHE

Gefälschte Statusmeldungen zur Microsoft-Störung	Die Nachrichten behaupten, während des Ausfalls seien E-Mails zurückgehalten worden und würden „innerhalb von 24 Stunden gelöscht“, wenn man nicht auf den Link klicke. Nicht klicken; das Postfach nur direkt aufrufen. heise online, 15.11.2026, 14:59 Uhr, nach einer Warnung des Herstellers.
Fernwartung in Betrieben und Praxen	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, Warn- und Informationsdienst, 13.11.2026, 14:22 Uhr: Meldung der Stufe „kritisch“ zu N-able N-central (WID-SEC-2026-4563). Laut heise online (15.11.2026) werden Angriffe beobachtet. Betroffen sind Dienstleister, die Firmenrechner aus der Ferne verwalten.
„Mahnung der Bundesnetzagentur“ über 41,60 Euro	Die Briefe an Betreiber von Solaranlagen sind Fälschungen. Die Warnung der Behörde stammt laut dem Bericht selbst vom 12.5.2026; die Meldung läuft seit 14.11.2026 erneut durch Portale. gegen-hartz.de, 14.11.2026.
Sparkassen, ab 22.11.2026	Laut BornCity (10.11.2026) startet voraussichtlich an diesem Tag das neue Bezahlverfahren; die bisherige Freigabe-Anwendung endet je nach Sparkasse zum Jahresende oder Ende Januar 2027. **EINSCHÄTZUNG:** Gefälschte Aufforderungen zur „Umstellung“ sind zu erwarten; eine Behördenwarnung dazu habe ich nicht gefunden. Umstellen nur in der Banking-Anwendung selbst, nie über einen Link.
Nicht gefunden	Aufrufe oder Gerüchte zu Bargeldverbot, Bankenschließungen, Kontosperren oder Stromabschaltungen – in einer Stichprobe von 17 Telegram-Kanälen am 15.11.2026.

BEHAUPTUNGEN IM CHECK · ZEHN SÄTZE AUS DEM NETZ, AN DER QUELLE GEMESSEN

BEHAUPTUNG	MEDIUM, DATUM	WAS DIE PRÜFUNG ERGAB	URTEIL
Die „Warnbriefe“ der Krankenkassen bei Beitragserhöhung entfallen derzeit; der Bundesrat entscheidet am 20.11.	Nord24, 13.11.2026; Netz Trends, 12.11.2026	Bundestagsdrucksache 21/8629, Seite 136; Bundesratsdrucksache 620/26. Auch das Datum „30. Juli 2026“ stimmt (Bundesgesetzblatt).	BELEGT
In Gerstungen steigt die Abwassergebühr „um rund 30 Prozent“, mehr als die Hälfte wegen des Werks; „rund 550 Arbeitsplätze“ seien weg.	NIUS, 13.11.2026	Mitteldeutscher Rundfunk: plus 84 Cent auf 3,63 Euro je Kubikmeter, davon 48 Cent wegen des Werks. Stellen dort: rund 650 (zwei Standorte).	BELEGT
„Drei Viertel der Tatverdächtigen“ der Frankfurter Krawalle haben keinen deutschen Pass.	AUF1, 13.11.2026	Innenminister laut „Bild am Sonntag“ (über Apollo News, 15.11.2026): 73 Tatverdächtige, 30 nur mit deutscher, 17 mit deutscher und weiterer Staatsangehörigkeit – 64 Prozent (eigene Rechnung). Protokoll nicht eingesehen.	FALSCH NACH DEN BERICHTETEN ZAHLEN
Die Kampagne des Bundesumweltministeriums „kostet Steuerzahler 72.500 Euro pro Tag“.	Apollo News, 14.11.2026	Laut Ministerium im Artikel: Gesamtbudget rund 1,45 Millionen Euro. Der Tagessatz ist eine Rechengröße (Budget geteilt durch 20 Tage).	VERKÜRZT
„Plötzlich diskutiert die Regierung über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer.“	Apollo News, 14.11.2026, nach „Bild“	Grundlage ist ein nicht namentlich genannter Unionspolitiker. Kein Dokument, kein Entwurf, kein Beschluss.	VERKÜRZT
„Handwerk fürchtet Verlust von 80.000 Stellen pro Jahr.“	NIUS, 15.11.2026	Handwerkspräsident Dittrich wörtlich: „pro Jahr zwischen 70.000 und 80.000 Arbeitsplätze“, falls nicht gegengesteuert wird – Obergrenze einer bedingten Aussage.	VERKÜRZT
„Galeria … Minus 12.000 Jobs.“	Tichys Einblick, 15.11.2026	Saarbrücker Zeitung, 12.11.2026: 12.000 Beschäftigte „bangen“ um ihre Stellen; der Betrieb läuft. Die Zahl ist die Belegschaft, kein eingetretener Verlust.	VERKÜRZT BIS FALSCH
„Deutschland geht das Gas aus“; „bei Extremkälte droht ab Januar Gasmangel“.	Berliner Zeitung, 13.11.2026	Speicherstand 58 Prozent: belegt. Ersatzkraftwerke: Entwurf, kein Beschluss. Die Aussage zum Januar ist an keiner Primärquelle belegt.	VERKÜRZT
Die Präsidentin der Europäischen Zentralbank „kündigt Rücktritt zum Februar an“.	Netz Trends, 14.11.2026	Keine zweite Quelle. Die Terminliste der Woche führt sie mit Reden am 18. und 20.11.2026 als Präsidentin.	NICHT BELEGT
Brandstiftung am Auto des Chefredakteurs von NIUS: „Antifa-Täter“ veröffentlichen ein Bekennerschreiben.	NIUS, Apollo News, 15.11.2026	Polizeisprecher laut tagesschau.de (15.11.2026): Das Schreiben ist „in Prüfung“; ob es authentisch ist, sei unklar. Täter nennt keine Behörde.	TÄTER NICHT BELEGT

EINSCHÄTZUNG Das Urteil gilt jeweils dem einzelnen Satz, nicht dem Medium. „Verkürzt“ heißt: Der Kern stimmt, eine Einschränkung fehlt. „Nicht belegt“ heißt nicht „falsch“ – nur, dass ich keine tragfähige Quelle fand. Nachweise: Seite 8.

IN EINFACHEN WORTEN · DER KASSENBRIEF, DAS ABWASSER UND WAS ICH ERWARTE

Erklärt für alle – und acht Prognosen mit Datum

Links für Großmutter, Nachbarn und Sechzehnjährige: acht Fragen, acht kurze Antworten. Rechts acht Sätze, die man nach Ablauf der Frist mit Ja oder Nein prüfen kann – und der Kalender bis zum 30. November.

1 · WELCHER BRIEF KOMMT NICHT?

Wer gesetzlich versichert ist, zahlt an seine Krankenkasse einen Zusatzbeitrag. Wurde der teurer, musste die Kasse jedem Mitglied einen eigenen Brief schreiben. Darin stand auch: Du darfst kündigen, und es gibt günstigere Kassen. Diese Pflicht wurde im Sommer 2026 gestrichen – laut Bundestagsdrucksache 21/8629 (Seite 136) mit dem Ziel „der Entbürokratisierung und der Kosteneinsparung“.

2 · SOLL DER BRIEF ZURÜCKKOMMEN?

Ja. Dieselbe Drucksache hält fest, dass „weiterhin ein Bedarf an einer individuellen Information“ besteht. Die Pflicht steht aber nicht in einem Gesetz über Krankenkassen, sondern als Nummer 20a in einem Gesetz über Notaufnahmen und Rettungsdienste. Gelten würde sie erst am Tag, nachdem dieses Gesetz verkündet ist.

3 · WAS GESCHIEHT AM FREITAG?

Am 20. November berät der Bundesrat dieses Gesetz. Zwei seiner Ausschüsse empfehlen, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Ihre Gründe haben mit dem Brief nichts zu tun: Es geht um Kosten und Zuständigkeiten im Rettungsdienst. Wird das Gesetz angehalten, wartet auch der Brief. Die nächste Sitzung ist am 18. Dezember.

4 · WAS HEISST DAS FÜR MICH?

Dein Recht zu kündigen bleibt in jedem Fall. Aber vielleicht sagt Dir zum Jahreswechsel niemand eigens Bescheid. Der Zusatzbeitrag liegt 2027 im Durchschnitt bei 2,9 Prozent. Welchen Satz Deine Kasse nimmt, beschließt sie üblicherweise im Dezember. Das Kündigungsrecht nützt nur dem, der von der Erhöhung weiß.

5 · WAS KANN ICH TUN?

Selbst nachsehen: ab Mitte Dezember auf der Internetseite Deiner Kasse oder in der Übersicht des Spitzenverbandes der Krankenkassen. Steigt der Beitrag zum 1. Januar, ist die Kündigung laut einem Medienbericht bis 31. Januar möglich (Nord24, 13.11.2026). Allgemeiner Hinweis, keine Rechtsberatung.

6 · UND WAS HAT EIN WERK MIT MEINEM ABWASSER ZU TUN?

In Gerstungen in Thüringen (rund 8.800 Einwohner) ist ein Autozulieferer insolvent. Er nahm knapp 50.000 Kubikmeter Wasser im Jahr ab – zwölf Prozent der Abwassermenge. Jetzt soll die Abwassergebühr ab 2027 um 84 Cent auf 3,63 Euro je Kubikmeter steigen; 48 Cent davon gehen laut dem Leiter der Gemeindewerke auf das Werk zurück. Allein das kostet einen Haushalt mit vier Personen laut Bericht knapp 60 Euro im Jahr (Mitteldeutscher Rundfunk, 6.11.2026).

7 · WARUM ZAHLEN DAS DIE NACHBARN?

Gebühren für Wasser und Abwasser müssen die Kosten decken. Die Gemeinde legt sie auf alle um, die Wasser verbrauchen. Fällt ein großer Abnehmer weg, zahlt jeder andere mehr – auch wer nie im Werk gearbeitet hat. Der Bürgermeister rechnet vor: Um den Verbrauch zu ersetzen, bräuchte der Ort ein Neubaugebiet für rund 1.600 Menschen. Beschlossen ist die Erhöhung noch nicht.

8 · KANN DAS AUCH BEI MIR PASSIEREN?

Anfällig sind kleine Gemeindewerke mit einem einzigen großen Industriekunden. Die Gebührenkalkulation der eigenen Gemeinde ist öffentlich. Zum ganzen Bild gehört: Die Industrieproduktion stieg im September um 0,7 Prozent zum Vormonat (Statistisches Bundesamt, berichtet 6.11.2026), und in Bad Honnef eröffnete ein Transformatorenwerk mit 100 neuen Beschäftigten (Westdeutscher Rundfunk, 12.11.2026).

VIER WÖRTER, KURZ ERKLÄRT

Zusatzbeitrag	Der Teil des Beitrags, den jede Kasse selbst festlegt.
Sonderkündigungsrecht	Wird die Kasse teurer, darfst Du binnen einer Frist wechseln.
Vermittlungsausschuss	Gremium aus Bundestag und Bundesrat; sucht den Kompromiss.
Kostendeckung	Gebühren müssen die Kosten tragen.

„KEINE PANIK. ABER VORSPRUNG.“

Wer nicht mehr informiert wird, muss selbst nachsehen. Vorsprung heißt: die Fristen und Termine der Woche kennen.

PROGNOSE · ACHT ÜBERPRÜFBARE SÄTZE

Die Zahl ist meine Wahrscheinlichkeit in Prozent, dass der Satz bis zum Stichtag eintritt. 50 heißt: offen. Keine Gewissheit.

BIS DIENSTAG, 17.11.2026, 24 UHR

Der Koalitionsausschuss beschließt die Senkung der Stromsteuer für alle. — 45 %
Rund 5,4 Milliarden Euro sind im Haushalt 2027 nicht eingeplant; der Bundesfinanzminister sprach am 14.11.2026 von „Ideen“ zur Gegenfinanzierung.

Der Koalitionsausschuss beschließt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. — 5 %
Nur eine nicht namentlich genannte Stimme, zitiert von „Bild“ (über Apollo News, 14.11.2026). Kein Entwurf.

BIS DONNERSTAG, 19.11.2026, 24 UHR

Der Bundesgerichtshof verkündet am Verhandlungstag zur Amtshaftung (III ZR 101/26). — 30 %
Angesetzt ist eine Verhandlung; ob am selben Tag verkündet wird, steht nicht fest.

BIS FREITAG, 20.11.2026, 24 UHR

Der Bundesrat ruft zum Notfallgesetz den Vermittlungsausschuss an. — 60 %
Zwei Ausschüsse empfehlen es (Erläuterung zu Tagesordnungspunkt 6). Wie die Länder abstimmen, ist offen.

BIS MONTAG, 30.11.2026

Der Gemeinderat Gerstungen beschließt die Gebührenerhöhung. — 55 %
Die Erhöhung soll ab 2027 gelten; der Beschluss steht aus. Einen Sitzungstermin kenne ich nicht.

Mercedes-Benz veröffentlicht eine offizielle Mitteilung zum Investitionsstopp. — 20 %
Bis 15.11.2026, 18:50 Uhr, gab es nur das Interview im Intranet; keine Pressemitteilung gefunden.

BIS DONNERSTAG, 31.12.2026

Die Pflicht der Krankenkassen zum Brief ist wieder in Kraft. — 25 %
Sie gilt erst am Tag nach der Verkündung (Bundesratsdrucksache 620/26, Artikel 11). Nächste Sitzung nach dem 20.11.: 18.12.

Eine weitere Polizeibehörde in England führt eine Meldepflicht für Logenmitglieder ein. — 30 %
Nach London folgte laut einem Regionalmedium Northamptonshire (nur aus zweiter Hand). Dazu Seite 5.

KALENDER · 16. BIS 30. NOVEMBER 2026

Montag, 16.11.	Grundsteuer und Gewerbesteuer: Rate vom 15.11. fällig (allgemeine Rechtslage, nicht am Gesetzestext geprüft). Bundesverfassungsgericht: Urteil zu Bezugsverträgen für Telekommunikationsdienste (1 BvR 1803/22).
Dienstag, 17.11.	Koalitionsausschuss, unter anderem zur Stromsteuer. Herbstprognose der Europäischen Kommission.
Mittwoch, 18.11.	Bundesverfassungsgericht: Wahlprüfungsbeschwerde 2 BvC 4/26, ab etwa 9:30 Uhr. Statistisches Bundesamt, 8:00 Uhr: Auftragsbestand der Industrie.
Donnerstag, 19.11.	Bundesgerichtshof: 10:00 Uhr Amtshaftung (III ZR 101/26), 11:30 Uhr Vorkaufsrecht des Mieters (I ZR 116/26).
Freitag, 20.11.	**Bundesrat, 9:30 Uhr: Tagesordnungspunkt 6, Notfallreform mit der Briefpflicht der Krankenkassen.** Etwa letzter Tag für Preisbriefe der Grundversorger zum 1.1.2027.
Sonntag, 22.11.	Sparkassen: voraussichtlicher Start des neuen Bezahlverfahrens im Internet (Medienbericht).
24. bis 27.11.	Bundestag: Haushaltswoche, am 27.11. Schlussabstimmung. In der Woche ab 16.11. tagt das Plenum nicht (Ablaufplan, Stand 13.11.2026).
Montag, 30.11.	Netzausbau: letzter Tag für die Bedarfsmeldung auf vnbdigital.de (Bundesnetzagentur, 6.11.2026). Kraftfahrzeugversicherung: Kündigung zum Jahreswechsel muss eingegangen sein (allgemeine Vertragspraxis, nicht geprüft).
Danach	1.12.: Estland schließt die Grenze nach Russland. 18.12.: Bundesrat. 31.1.2027: Kündigungsfrist bei höherem Zusatzbeitrag (laut Medienbericht).

EINSCHÄTZUNG Alle Zahlen sind meine persönliche Einschätzung, keine Gewissheit. Ich gleiche sie nach Fristablauf öffentlich ab – auch dort, wo ich falsch lag. Nachweise: Seiten 2 bis 6 und 8.

WAHRHEIT · QUELLEN UND RECHERCHEGRENZEN

Woher die Angaben kommen – und was ich nicht prüfen konnte

Stand der Ausgabe: Sonntag, 15. November 2026, 20:00 Uhr; die Abrufe liefen bis 18:50 Uhr. Quellen in Kurzform, mit Datum und Kurzadresse. Vier Kennzeichen in den Dossiers: belegt (Original gelesen), Medienbericht, nur Schlagzeile, nicht gefunden.

DER BRIEF DER KRANKENKASSE · SEITEN 1, 2 UND 7

Bundestagsdrucksache 21/8629, Seite 136, „Zu Nummer 20a (§ 175 SGB V)" · dserver.bundestag.de/btd/21/086/2108629.pdf
Bundesratsdrucksache 620/26: Gesetz zur Reform der Notfallversorgung, § 175 Absatz 4 Satz 7 und Absatz 4a, Artikel 11 Absatz 1 · dserver.bundestag.de/brd/2026/0620-26.pdf
Bundesrat, 1070. Sitzung, 20.11.2026: Erläuterung zu Tagesordnungspunkt 6 · bundesrat.de/SharedDocs/TO/1070/erl/6.pdf · **Medien:** Nord24 (13.11.2026, 11:16 Uhr) · Netz Trends (12.11.2026)

INDUSTRIE UND STANDORT · SEITEN 3 UND 7

Gerstungen: Mitteldeutscher Rundfunk (6.11.2026, 20:49 Uhr, aktualisiert 9.11.2026) · mdr.de · NIUS (13.11.2026, 13:46 Uhr)
Volkswagen und Zulieferer: Manager Magazin (12.11.2026; nur Überschrift, Vorspann und Bildzeile gelesen) · Südwestrundfunk (14.11.2026, 7:00 Uhr) · Deutsche Presse-Agentur über news.de (15.11.2026) · **Chemie:** t-online mit Deutscher Presse-Agentur zu Dow (13.11.2026, 16:34 Uhr)
Verlagerungen: Rhein-Neckar-Zeitung (13.11.2026) · Radio Gütersloh zu Miele (nicht bestätigt) · **Mercedes-Benz:** Deutsche Presse-Agentur über ka-news (15.11.2026, 7:06 Uhr) · Südwestrundfunk (13.11.2026, 10:18 Uhr)
Gegenbelege: Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Insolvenztrend Oktober · iwh-halle.de · Westdeutscher Rundfunk zu Hitachi Energy (12.11.2026) · Industrieproduktion über ad-hoc-news (6.11.2026)

ENERGIE, HAUSHALT, GELDBEUTEL · SEITE 4

Netzkostenzuschuss: Bundestagsdrucksache 21/8236; „heute im bundestag" 905/2026 · bundestag.de/1231670
Gasreserve, Ersatzkraftwerke: Welt (12.11.2026, 9:03 Uhr) · n-tv nach Handelsblatt (12.11.2026, 13:44 Uhr) · Bundesratsdrucksache 652/26 (Titel)
Koalitionsausschuss: Deutsche Presse-Agentur über Tagesspiegel (14.11.2026) · NIUS (15.11.2026, 8:27 Uhr) · Apollo News nach „Bild" (14.11.2026, 15:15 Uhr) · Überschriften von Deutschlandfunk, Spiegel, Frankfurter Allgemeine
Pensions-Sicherungs-Verein: Mitteilung zum Beitragssatz 2026 (12.11.2026) · psvag.de · **Dortmund:** Nordstadtblogger (12.11.2026, 16:48 Uhr)
Sparkassen: BornCity (7.11. und 10.11.2026) · **Netzausbau:** Bundesnetzagentur, Meldung vom 6.11.2026 · bundesnetzagentur.de; vnbdigital.de

FREIMAURER UND BEHÖRDEN · SEITE 5

England: High Court, Urteil vom 17.2.2026, [2026] EWHC 330 (Admin), mit Zusammenfassung des Gerichts · judiciary.uk · Metropolitan Police (11.12.2025) · news.met.police.uk · Vereinigte Großloge von England (17.12.2025, 24.2.2026) · ugle.org.uk · NN Journal zu Northamptonshire (2.10.2026) · Gesetzentwurf · bills.parliament.uk/bills/4099 · inkl.com nach Guardian (Richter, 2009)
Italien: Questione Giustizia (6.12.2025) · Editoriale Domani · Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Beschwerden 35972/97, 39748/98, 26740/02 · über icnl.org · Beschwerde 29550/17, Urteil vom 19.12.2024 · grandeoriente.it · Große Kammer 7.7.2026: euroleg.it, L'Espresso (15.7.2026) · Kassationsgerichtshof Nummer 24875/2026 · über studiolegaletmc.it · Kammerdrucksache 404 · documenti.camera.it · luiss.it (Sizilien, 5.12.2018)
Norwegen, Schweden: domstol.no · lovdata.no (Verordnung vom 18.10.2002, Nummer 1133) · TV4 (30.1.2023)
Deutschland, Schweiz: Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, WD 3 – 3000 – 013/20 (23.1.2020) · 1815.ch und Freimaurer-Wiki (Wallis)
1933 bis 1935: United States Holocaust Memorial Museum, „Freemasonry under the Nazi Regime" · encyclopedia.ushmm.org

SICHERHEIT UND BEHAUPTUNGEN IM CHECK · SEITE 6

Sachsen: TAG24 (15.11.2026, 17:35 Uhr) und Freie Presse (13.11.2026, 20:20 Uhr), beide nach „Spiegel" · **Bundesgerichtshof:** Terminhinweise · bundesgerichtshof.de · **Estland:** tagesschau.de (15.11.2026, 17:52 Uhr) · **Warnungen:** heise online (15.11.2026) · Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, WID-SEC-2026-4563 (13.11.2026) · wid.cert-bund.de · gegen-hartz.de (14.11.2026)
Geprüfte Sätze: Apollo News (14. und 15.11.2026) · NIUS (13. und 15.11.2026) · AUF1 (13.11.2026) · Tichys Einblick (15.11.2026) · Berliner Zeitung (13.11.2026) · Netz Trends (14.11.2026) · tagesschau.de (15.11.2026, 15:13 Uhr) · **Termine:** Ablaufplan des Bundestages (Stand 13.11.2026) · Wochenausblick des Bundesverfassungsgerichts · n-tv, Terminvorschau (14.11.2026)

WAS NICHT GEPRÜFT WERDEN KONNTE

Kassenbrief. Die Empfehlungen der Ausschüsse im Wortlaut (Drucksache 620/1/26) habe ich nicht gelesen. Das Datum der Streichung (30. Juli 2026) hat erst der Faktencheck am Bundesgesetzblatt bestätigt. Wie die Länder am 20.11. abstimmen, ist offen. Die Kündigungsfrist „bis 31. Januar" stammt aus einem Medienbericht. Den Spitzenverband der Krankenkassen habe ich heute nicht abgerufen.

Industrie. Volkswagen: Die Zahl „bis zur Hälfte von rund 63.000 Zulieferern" kenne ich nur aus zweiter Hand; eine Stellungnahme des Konzerns fand ich nicht. Gerstungen: Der Gemeinderat hat noch nicht beschlossen; die Stellenzahl lautet je nach Quelle 550 oder 650. Dow: Die Mitteilung des Unternehmens habe ich nicht im Original gelesen. Miele: vom Unternehmen nicht bestätigt. Mercedes-Benz: keine Konzernmitteilung gefunden.

Energie und Haushalt. Das Gesetz zu Ersatzkraftwerken ist ein Entwurf in der Abstimmung der Ministerien. Beschlussdatum des Bundestags zum Netzkostenzuschuss und die Befassung des Bundesrats sind nicht an der Primärquelle geprüft. Die drei Vorschläge vor dem Koalitionsausschuss kenne ich nur über Medien, zum Teil nur als Überschrift. Die Seiten der Sparkassen waren nicht abrufbar.

Freimaurer. Den Ursprung der geprüften Behauptung habe ich nicht gefunden. Nur aus zweiter Hand belegt sind: das Urteil der Großen Kammer vom 7.7.2026 (amtlicher Text nicht abgerufen), der Beschluss des Kassationsgerichtshofs vom 31.8.2026 (nur Beitrag einer Kanzlei) und die Regel in Northamptonshire (nur Regionalmedium). Nicht nachgeprüft: das Tagesdatum des Urteils von 2001; der Ausgang der Klage gegen das sizilianische Gesetz; der heutige Stand für Polizei und Staatsanwaltschaft in Norwegen; das Walliser Abstimmungsergebnis. Für Dänemark, Finnland, Island und Österreich liegen nur Negativbefunde bei begrenzter Suchtiefe vor. Die Zahl der unter dem Nationalsozialismus verfolgten Freimaurer ist laut Museum unbekannt.

Sicherheit. Sachsen: keine amtliche Mitteilung gefunden; den Bericht des „Spiegel" nicht gelesen; Umfang und Kanal ungeprüft; andere Länder offen. Frankfurt: Das Protokoll des Innenausschusses fehlt; die Zahlen liegen über zwei Stationen vor. Estland: nur Medienbericht; keine Stellungnahme aus Moskau gelesen. Warnliste der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht: nicht abrufbar.

Rechtslagen aus allgemeinem Wissen. Die Fälligkeit von Grundsteuer und Gewerbesteuer am 16.11. und die Kündigungsfrist der Kraftfahrzeugversicherung zum 30.11. sind heute nicht am Gesetzestext oder an amtlicher Stelle geprüft.

Nicht abrufbar oder nicht ausgewertet. Bundesfinanzministerium, Kalender des Europäischen Gerichtshofs, Beteiligungsportal der Europäischen Kommission, Schweizer Bundeskanzlei, gesetze-im-internet.de; Tagesordnung des Bundesrats über Punkt 6 hinaus. Soziale Netze: nur eine Stichprobe von 17 Telegram-Kanälen. „Nicht gefunden" ist ein Suchergebnis, kein Beweis, dass es nichts gibt.

Unstimmigkeiten in den Quellen – ausgewiesen, nicht geglättet:

Gerstungen, Stellen	NIUS nennt rund 550, der Mitteldeutsche Rundfunk rund 650 (Gerstungen und Nentershausen zusammen).
Gerstungen, Name	Der Vorname des Werkleiters steht im Quelltext in zwei Schreibweisen; diese Ausgabe nennt ihn deshalb nicht.
Sparkassen, Stichtag	Das Ende der bisherigen Freigabe-Anwendung wird je nach Haus mit Jahresende 2026 oder 31. Januar 2027 angegeben.
Straßburg, Zählung	Vier Verfahren gegen Italien (2001, 2004, 2007, 2024); das Urteil von 2026 bestätigt das von 2024.
Krankenkasse, Datum	Ausfertigung des Gesetzes laut Drucksache am 24. Juli 2026; ausgegeben am 29. Juli, in Kraft seit 30. Juli 2026.

Mit Vorsicht zu lesen: Die Angabe „knapp 60 Euro im Jahr" für Gerstungen stammt aus dem Bericht; sie meint dort nur den Anteil des Werks (48 Cent), nicht die ganze Erhöhung. Die Prozentzahlen auf Seite 7 sind Einschätzungen, keine Messwerte.

HINWEIS Diese Ausgabe ist meine persönliche fachliche Einschätzung. Ich schreibe sie nicht in dienstlicher Eigenschaft. Sie beruht nur auf öffentlichen Quellen. Sie ist keine Rechtsberatung, keine Steuerberatung und keine Anlageberatung. Zu Regierung, Fraktionen, Parteien, Ländern, Unternehmen und Verbänden gebe ich nur Aussagen und Daten wieder, keine Wertung. Für alle genannten Personen gilt die Unschuldsvermutung; Täter nenne ich nur, wo eine Behörde sie nennt. Einschätzungen sind als „EINSCHÄTZUNG" gekennzeichnet.

UNABHÄNGIGER FAKTENCHECK

Ein unabhängiger Faktencheck hat am 15. November 2026 75 Aussagen dieser Ausgabe an den Originalen geprüft, vor allem an Drucksachen, Bundesgesetzblatt, Gesetzestext, Gerichtsterminen und den zitierten Berichten. 53 Aussagen sind bestätigt, 5 wurden vor der Veröffentlichung korrigiert, 17 waren in der verfügbaren Zeit nicht prüfbar und bleiben als Medienbericht oder Suchergebnis gekennzeichnet. Wichtigste Korrektur: Die „knapp 60 Euro im Jahr" in Gerstungen betreffen laut Mitteldeutschem Rundfunk nur den Anteil des Werks von 48 Cent, nicht die ganze Erhöhung um 84 Cent. Neu bestätigt: Die Streichung der Briefpflicht gilt seit 30. Juli 2026 (Bundesgesetzblatt 2026 I Nummer 228).

FÜR IHRE ORGANISATION

KONTAKT
Maximilian Mitera
Lagebilder und Vorträge.
mitera@romi-methode.de · +49 152 0580 6124

SACHBUCH
Die ROMI-Methode
Entwicklungen erkennen, bevor sie groß werden.

SACHBUCH
Die Ermittler-Formel
Fragen, prüfen, einordnen.

THRILLER · ALS PACO BAY
Unter Wind I: Vertrauen
Ein Roman darüber, wie sich solche Lagen anfühlen.